

Wahlprüfstein Deutsche Aidshilfe

Ihre Frage	Unsere Antwort
<p>Prävention allgemein</p> <p>HIV- und STI-Prävention brauchen Kontinuität und spezifische Angebote für verschiedene Zielgruppen. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Etats für Prävention von HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen in vollem Umfang erhalten und sachgerecht ausgebaut werden?</p>	<p>Die SPD hat sich immer dafür eingesetzt, die HH-Ansätze für Prävention von HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen zu erhalten und wo möglich auszubauen, und wird das auch weiter tun. Die SPD unterstützt die Strategie zur Eindämmung von HIV, Hepatitis B und C und anderen sexuell übertragbaren Infektionen bis 2030. Es bleibt wichtig, dass alle relevanten Akteure im Bund, in den Ländern, in der kommunalen Selbstverwaltung, im Öffentlichen Gesundheitsdienst, bei den freien Trägern, bei der Selbsthilfe, der Ärzteschaft, den Pflegekräften und in den Bereichen Justiz, Bildung und Arbeit koordiniert zusammenarbeiten. Die SPD wird sich in diesen Prozess weiter aktiv einbringen.</p>
<p>Diskriminierung von Menschen mit HIV</p> <p>Wie werden Sie der Diskriminierung von Menschen mit HIV entgegenwirken, insbesondere gesetzlich? Werden Sie die Kategorie HIV oder chronische Erkrankungen in die Merkmalsliste des AGG aufnehmen und ein HIV-Testverbot für Einstellungsuntersuchungen festschreiben?</p>	<p>Moderne HIV-Therapien sind sehr wirkungsvoll und es gibt keine Gründe, warum HIV-positive Menschen nicht in allen Berufen arbeiten können sollten, auch in oft als „problematisch“ angeführten Bereichen wie Pflege, Gesundheit oder Erziehung. Das Bundesarbeitsgericht hat schon vor einigen Jahren entschieden, dass eine HIV-Infektion kein arbeitgeberseitiger Kündigungsgrund ist. Eine HIV-Infektion, auch wenn sie symptomlos ist, ist dennoch als gesellschaftliche Behinderung im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes anzusehen; vgl. BAG Urt. v. 19.12.2013, Az. 6 AZR 190/12. Auch im Beamtenbereich sollten keine anderen Maßstäbe gelten, auch</p>

	<p>wenn im Einstellungsverfahren verfahrenstechnische Besonderheiten zu beachten sind. Bei der Einstellung in ein Beamtenverhältnis, bei einer Beförderung oder der Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit wird die gesundheitliche Eignung der BewerberInnen bzw. der BeamtInnen bewertet. Die gesundheitliche Eignung muss also aktuell gegeben sein, es spielt aber auch die Prognose für die Zukunft eine Rolle. Das Bundesverwaltungsgericht hat den Prognosemaßstab 2013 zu Gunsten der Betroffenen verändert, soweit es um den langfristigen Aspekt der Dienstfähigkeit bis zur Pensionierung geht. Insofern hat sich die rechtliche Situation von HIV-positiven Menschen jedenfalls in der Theorie verbessert. Es ist noch nicht abschließend geklärt, ob der Dienstherr wie im allgemeinen Arbeitsrecht nicht fragen und nicht untersuchen darf. Wir werden prüfen, ob es hier gesetzgeberischen Klarstellungsbedarf gibt.</p>
<p>Trans/abinär</p>	
<p>Werden Sie geschlechtliche Selbstbestimmung ohne Gutachten oder (Zwangs-) Beratung sowie Zugang zu transitionsbezogener medizinischer Versorgung ohne Diskriminierung sicherstellen? Setzen Sie sich für eine Entschädigung von Personen ein, die Zwangsmaßnahmen durch das TSG ausgesetzt waren?</p>	<p>Mit dem Gesetz zur Änderung der in das Geburtsregister einzutragenden Angaben und der Verbesserung der Situation intergeschlechtlicher Menschen konnte die SPD-Bundestagsfraktion Ende 2018 erste Verbesserungen für intergeschlechtliche Menschen erreichen. Im März 2021 haben wir das Gesetz zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung verabschiedet und mit dem dort geregelten „OP-Verbot“ das Recht der Kinder auf körperliche Unversehrtheit gestärkt.</p> <p>An diese beiden wichtigen Gesetze hätten wir gern mit einer Reform des</p>

	<p>Transsexuellengesetzes (TSG) angeknüpft - leider war das mit unserem Koalitionspartner nicht zu machen, aber wir werden diese Reform für die nächste Legislaturperiode wieder auf die Agenda setzen. Wir wollen, dass trans-, inter- und nicht binäre Menschen im Recht gleichbehandelt werden. Für uns steht fest, dass Grundlage einer Reform das Prinzip der Anerkennung der Geschlechtsidentität und der Schutz der Selbstbestimmung bei der Geschlechterzuordnung sein muss. Wir wollen die Lage von trans- und intergeschlechtlichen Menschen verbessern, das betrifft medizinische, gesundheitliche, soziale und rechtliche Aspekte. Verfahren müssen so gestaltet werden, dass die Würde und die Bedürfnisse der Betroffenen im Mittelpunkt stehen. Was die rein personenstandsrechtlichen Regelungen angeht, heißt Selbstbestimmung für uns: Ergebnisoffene Beratung und ein einfaches Verfahren vor dem Standesamt. Kein Gericht sollte künftig mehr über die Anpassung des Personenstandes entscheiden. Psychologische Gutachten zur Feststellung der Geschlechtsidentität werden wir abschaffen.</p>
<p>Haft</p> <p>Werden Sie sich dafür einsetzen, Inhaftierte in die Gesetzliche Krankenversicherung aufzunehmen (Änderung SGB V)? Was werden Sie tun, um die Behandlungen von Infektions- und Suchterkrankungen entsprechend den Standards in Freiheit zu garantieren (z.B. HIV-/HCV-Behandlung, Impfungen, Substitution)?</p>	<p>Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Versorgungsstandards für die gesetzlich Versicherten auch für Inhaftierte gelten - die konkrete Ausgestaltung liegt allerdings in der Verantwortung der Länder.</p>
<p>Drogen</p>	

<p>Strafrechtliche Verfolgung von Drogenkonsument*innen schadet deren Gesundheit. Wie werden Sie dem entgegenwirken und Schadensminimierung ausweiten (z.B. Druckchecking, Substitution)? Wie werden Sie Hilfsangebote sicherstellen, z.B. für Migrant*innen oder bei sexualisiertem Substanzkonsum/Chemsex?</p>	<p>Die SPD verfolgt im Rahmen ihrer Drogenpolitik einen konsequenten Harm-Reduction-Ansatz. Für uns ist klar, dass nur durch unmittelbar akzeptierende Drogenarbeit und eine ausgestreckte Hand gegenüber den Konsument:innen wir diese auch erreichen können. Ziel muss es sein, Drogenkonsum oder gar Missbrauch durch Präventionsarbeit mit zielgerichteter persönlicher Ansprache und Hilfe zu reduzieren. Das schließt selbstverständlich Migrant:innen oder Betroffene von sexualisiertem Substanzkonsum ein. Drug-Checking-Modelle müssen in erster Linie dem Prinzip der Aufklärung dienen und dürfen nicht als Ermutigung wahrgenommen werden. Mit großem Interesse beobachten wir deshalb auch die Ausgestaltung, Entwicklung und Erkenntnisse im Zusammenhang mit Drug-Checking-Modellen bei unseren europäischen Nachbarn. Die Frage von Drug-Checking-Modellen gehört deshalb auch für Deutschland auf die Tagesordnung.</p>
<p>Testangebote</p>	
<p>Wie werden Sie dafür Sorge tragen, dass Menschen flächendeckend einen Zugang zu anonymen und niedrigschwelligen (Schnell-) Testangeboten haben, auch in ländlichen Regionen? Werden Sie Einsendetests fördern?</p>	<p>Durch die Änderung der Medizinprodukte-Abgabeverordnung im Jahr 2018 können sich Menschen in Deutschland bereits heute HIV-Selbsttests zum Beispiel in Apotheke, Drogerien oder im Internet kaufen – auch ohne ärztliche Verordnung. Das Paul-Ehrlich-Institut stellt dazu auf seiner Internet-Seite Produktinformationen und Hinweise bereit. Damit ist eine sehr niedrigschwellige und anonyme Testmöglichkeit geschaffen worden. Die SPD unterstützt das ausdrücklich.</p>
<p>Digitalisierung</p>	

<p>Die Digitalisierung des Gesundheitswesens bietet Chancen, birgt für Menschen mit stigmatisierten Erkrankungen aber besondere Risiken. Wie werden Sie Sicherheit, Datenschutz, informationelle Selbstbestimmung und barrierearme Zugänge zu Datenspeicherungssystemen bzw. Alternativen sicherstellen?</p>	<p>Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung werden wir schützen. Wir wollen die Potenziale der Digitalisierung für die Verbesserung von Diagnosen und für die flächendeckende gesundheitliche Versorgung nutzen. Die Digitalisierung kann die Versorgungsqualität und die Effizienz verbessern und Fachkräfte von Aufgaben entlasten. Für die SPD ist aber klar, dass die Digitalisierung unser hervorragendes und engagiertes medizinisches, psychotherapeutisches und pflegerisches Personal nicht ersetzen wird. Hinter guter medizinischer und psychotherapeutischer Versorgung und Pflege stehen immer Menschen. Flächendeckende Weiterbildungs- und Unterstützungsangebote im Bereich der Digitalisierung sind unerlässlich, auch um Diskriminierungen und Stigmatisierungen zu vermeiden. Wir werden dem Schutz der Patientendaten weiterhin höchste Priorität einräumen.</p>
<p>Sexarbeit</p>	
<p>Es gibt Bestrebungen, Sexarbeit noch stärker zu regulieren oder in die Illegalität zu drängen. Was werden Sie tun, um Rechte von Sexarbeiter*innen und soziale Absicherung zu stärken? Wie werden Sie Zugänge zu Prävention, Hilfs- und Beratungsangeboten und gesundheitlicher Versorgung sicherstellen?</p>	<p>Für die SPD sind der Schutz und die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen für Menschen, die der Prostitution nachgehen, ein zentrales Anliegen. Das sexuelle Selbstbestimmungsrecht von Prostituierten muss gestärkt und deren Stigmatisierung abgebaut werden.</p> <p>Das Prostituiertenschutzgesetz in der geltenden Fassung regelt den Bereich der freiwilligen bzw. zwangsfreien Prostitution. Insbesondere mit Blick auf die enthaltenen Schutzvorschriften fordern wir, dass es endlich in allen Bundesländern und Kommunen umgesetzt und überwacht wird. Beratungsangebote und Ausstiegshilfen müssen in dem Umfang und der Qualität</p>

angeboten werden, die den individuellen Notwendigkeiten und Erfordernissen der unterschiedlichen Personen entsprechen. Wir bewerten es als dringend geboten, dass die Angebote ausgebaut und langfristig gestärkt werden. Zudem wollen wir die zeitnahe Einrichtung eines bundesweiten Runden Tisches „Prostitution und Sexarbeit“.